

Kreisstadt Bergheim Der Bürgermeister	Verantwortliches Dezernat II	Vorlage Nr.: 19/2019 öffentlich							
FBL: Herr Weitz AbtL: Frau Ungermann-Ohlendorf Verfasser/in: Frau Spohr	Mitzeichnungen		Beschl.-K. Nach- haltigkeit						
Vorgesehene Beratungsfolge <table border="1"> <tr> <td>Gremium</td> <td>Datum</td> </tr> <tr> <td>A.f. Kinder, Jugend und Familie</td> <td>31.01.2019</td> </tr> <tr> <td>A.f. Bildung, Sport und Kultur</td> <td>06.02.2019</td> </tr> </table>				Gremium	Datum	A.f. Kinder, Jugend und Familie	31.01.2019	A.f. Bildung, Sport und Kultur	06.02.2019
Gremium	Datum								
A.f. Kinder, Jugend und Familie	31.01.2019								
A.f. Bildung, Sport und Kultur	06.02.2019								
Hinweis: Anlagen zur Sitzungsvorlage sind nur anlässlich der erstmaligen Beratung der Angelegenheit im Ausschuss beigelegt. Bewahren Sie die Anlagen für Folgeberatungen bitte auf.									
Haushaltsmäßige Auswirkungen ☐ Vorlage ist haushaltsrelevant (siehe Ziffer 4 der Vorlage). ☐ für das lfd. Haushaltsjahr ☐ für Folgejahre ☐ Ortsbürgermeister/in wurde informiert. Gem. § 16 Abs. 1 Hauptsatzung besteht somit die Gelegenheit zur Stellungnahme.									
TOP Elternbefragung zu OGS Bedarfen und mögliche Erweiterung der Öffnungszeiten Antrag der SPD-Fraktion vom 07.01.2019									

Beschlussvorschlag

Entfällt

Erläuterungen:

1. Zielsetzung

Entfällt

2. Sachverhalt

Der Antrag der SPD- Fraktion vom 07.01.2019 ist der Vorlage als Anlage beigelegt.

Um einen aktuellen Überblick darüber zu erhalten, ob derzeit seitens der Eltern ein grundsätzlicher Bedarf für erweiterte Öffnungszeiten existiert, hat die Verwaltung eine Trägerbefragung durchgeführt.

Die sechs Träger der Offenen Ganztagschulen im Stadtgebiet Bergheim gaben hierbei der Verwaltung folgende Rückmeldungen:

An den folgenden OGS Standorten formulierten Eltern Bedarf für eine verlängerte Öffnungszeit:

Am Grundschulverbund Bergheim-Mitte (Standort OGS Albert Schweizer Schule) äußerten ca. 10 Eltern einen entsprechenden Bedarf.

Am Grundschulverbund Niederaußem- Rheidt- Hüchelhoven (Standort OGS Barbaraschule (Niederaußem)) äußerten zwei Familien einen entsprechenden Bedarf.

Laut Rückmeldungen der Träger wurde an den übrigen OGS Standorten seitens der Eltern kein Bedarf für eine Erweiterung der Öffnungszeiten formuliert.

☐ Dem Beschlussvorschlag wurde zugestimmt.	Abstimmungsergebnis: ☐ einstimmig Ja-Stimmen Nein-Stimmen Enthaltungen
☐ Der Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.	
☐ Der Beschlussvorschlag wurde verändert.	

Um eine Betreuung von Grundschulkindern auch nach 16.00 Uhr gewährleisten zu können, steht Eltern zudem das Angebot der Tagespflege der Kreisstadt Bergheim zur Verfügung. Derzeit nutzen fünf Familien dieses Angebot.

Die Verwaltung informierte am 13.06.2018 den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und am 19.06.2019 den Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur über den aktuellen Sachstand zur offenen Ganztagschule im Stadtgebiet Bergheim (vgl. Vorlage Nr.: 192/2018).

Die in dieser Vorlage dargestellte Entwicklung der Offenen Ganztagschule im Stadtgebiet Bergheim veranschaulicht, dass die Kreisstadt Bergheim ihren Anspruch für einen qualitativen und quantitativen Ausbau ihres Bildungsstandortes neu formulieren muss.

Mit dem mittelfristigem Ziel (Übergangs-) Lösungswege für eine effektive und alternative Raumnutzung zur Kapazitätserhöhung zu erzielen, werden derzeit und zukünftig reine Klassen in flexible, professionsübergreifende Arbeits- und Freizeiträume umgewandelt (Stichwort flexible Klassenzimmer). Zudem ist ein erheblicher Fachkräfte- sowie Personalmangel für den Bereich der Offenen Ganztagschule zu konstatieren. Dieses bedingt die Überarbeitung der personellen Standards der Kreisstadt Bergheim.

Somit stellen insbesondere die Themen „quantitativer Ausbau - Erweiterung von Raumkonzepten“ sowie „Qualifikation von Personal“ priorisierte und entscheidende Arbeitsschwerpunkte der Verwaltung dar.

Mit der Priorisierung sind zudem weitere finanzielle Handlungsspielräume erforderlich. Aus diesem Grund ist zum jetzigen Zeitpunkt eine Elternbefragung nicht zielführend.

3. Alternativen/Einsparpotenziale (Prüfung einer kostengünstigeren Aufgabenerledigung einschl. der Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit)

entfällt

4. Darstellung der Auswirkungen auf den Ergebnisplan, den Finanzplan und die Bilanz (lfd. Haushaltsjahr und Folgejahre, inkl. Folgekosten bei Investitionen)

entfällt

5. Bürgerbeteiligung

entfällt

6. Überprüfung der Zielerreichung (Messinstrumente und –zeitpunkt)